

KURZPOSITION

Forderungen der WVMetalle zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020

Die Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVMetalle) vertritt die wirtschaftspolitischen Anliegen der Nichteisen(NE)-Metallindustrie mit 654 Unternehmen und 111 000 Beschäftigten. Im Jahre 2018 erwirtschaftete die Branche einen Umsatz von insgesamt 52,4 Milliarden Euro, davon 53 % in Deutschland.

Forderung nach einer umfassenden EU-Industriestrategie, die industrielle Wertschöpfungsketten in Deutschland und Europa sichert

Nach den Ankündigungen der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen, Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen, sollte sich die deutsche Ratspräsidentschaft für stärkere industriepolitische Akzente und eine EU-Industriestrategie einsetzen und damit an die Forderungen des Europäischen Rates nach einer industriepolitischen Vision Europas aus dem März 2019 anknüpfen. Die EU droht in einigen Industriebereichen ansonsten den Anschluss an andere Weltregionen zu verlieren.

Ein erfolgreicher Green Deal kann nur mit einer starken und zukunftsfähigen Industrie gelingen. Dazu muss die komplette Wertschöpfungskette einschließlich der Grundstoffindustrie betrachtet, der Zugang zu Rohstoffen gesichert, die Infrastruktur ausgebaut und Innovationen gefördert werden. Das schafft Planungssicherheit und Investitionsbereitschaft bei Unternehmen. Gerade hierfür sollte sich die Bundesrepublik in den Verhandlungen zum Green Deal mit EU-Kommission und Europäischen Parlament einsetzen.

Europäische Industriepolitik muss aus unserer Sicht umfassend und als Querschnittsaufgabe gedacht werden. Eine Europäische Industriestrategie sollte daher Initiativen in und zwischen den Feldern Kreislaufwirtschaft, Klima- und Energiepolitik, Beihilferecht, Umwelt- und Chemikalienpolitik, Verkehrs-, Rohstoff- sowie internationaler Handelspolitik umfassen.

Volles Potential der Kreislaufwirtschaft nutzen

Das Metallrecycling ist aus umwelt- und klimapolitischer Sicht von herausragender Bedeutung und trägt wesentlich zur Verbesserung der Rohstoffversorgung und zur Erhöhung der Ressourceneffizienz bei. Das Metallrecycling gehört zu den Kernkompetenzen der NE-Metallindustrie. Im Verpackungs-, Verkehrs- und Baubereich erzielen Nichteisen-Metalle am Ende ihrer Nutzungszeit bereits heute schon sehr hohe Recyclingquoten von über 90 Prozent. Wir fordern, dass die deutsche Ratspräsidentschaft den positiven Beitrag des Recyclings von Metallen insbesondere zum Schutz des Klimas noch stärker herausstellt und hier weitere Initiativen ergreift.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sollte sich dafür einsetzen, dass

- im Rahmen des von der EU-Kommission angekündigten Circular Economy 2.0 Pakets das Prinzip „Design for Recycling“ stärker gefördert wird. Ein wesentlicher Ansatzpunkt ist hierbei die von der neuen EU-Abfallrahmenrichtlinie geforderte Verwendung von Materialien, die ein Potenzial für mehrfaches Recycling aufweisen. Für recycelte Metalle bestehen anders als für andere Materialien funktionierende Märkte und Nachfrage, verbindliche Mindestrecyclatanteile in Produkten sind daher kontraproduktiv.
- verbindliche EU-Standards für hochwertiges Recycling geschaffen werden, vor allem in den Bereichen Altfahrzeuge, Batterien und Elektro- und Elektronikaltgeräte. Für Elektroaltgeräte sollten dazu die neuen Standards (CEN/CENELEC Normenserien 50625) im Rahmen der WEEE-RL als verbindlicher europäischer Mindeststandards eingeführt werden.
- im Rahmen der Revision der Abfallverbringungsverordnung (WSR) darauf hinwirkt wird, illegale Abfallexporte zu verhindern und den Transport von Recyclingmaterialien innerhalb der EU zu erleichtern. Dafür sind folgende Maßnahmen zentral: Bessere Unterscheidung zwischen Abfällen und Produkten, effizientere Kontrollen in Exporthäfen sowie die Privilegierung zertifizierter Recyclinganlagen.
- Widersprüche im Regelwerk beseitigt werden, um Hindernisse für das Metallrecycling auszuräumen. Die ECHA-Datenbank für Erzeugnisse mit SVHCs sollte zu keinen zusätzlichen Belastungen für Unternehmen führen.

Klimapolitik: Augenmaß statt Aktionismus

Die Unternehmen der Nichteisen-Metallindustrie nehmen große Anstrengungen auf sich, um ihre direkten Treibhausgasemissionen zu senken und Strom so effizient wie möglich einzusetzen. Die Produkte der NE-Metallindustrie leisten einen wichtigen Klimaschutzbeitrag. Effektiver Klimaschutz ist nur mit NE-Metallen möglich, da sie unverzichtbare Werkstoffe für Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Ressourcenschutz sind. So werden NE-Metalle unter anderem für die Produktion von Solaranlagen und Windrädern benötigt und bei Fahrzeugen für den Leichtbau und die Elektrifizierung des Antriebstrangs.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sollte sich daher dafür einsetzen, dass

- die Leistung der NE-Metallindustrie für den Klimaschutz gewürdigt wird,
- der Green Deal nicht zur Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Industrien führt,
- mögliche Mehrbelastungen durch eine CO₂-Bepreisung für alle Unternehmen durch das EU-Beihilferecht vollumfänglich ausgeglichen werden,
- im Rahmen einer Taxonomie nachhaltiger Investitionen (Sustainable Finance), die Produkte energieintensiver Industrien als „enabling technologies“ anerkannt werden,
- etwaige Maßnahmen zum Grenzausgleich der CO₂-Kosten (Carbon Border Tax Adjustment), die heutigen Instrumente zum Schutz vor Carbon Leakage nicht schwächen.

Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit in den Mittelpunkt der EU-Energiepolitik setzen

Energiepolitik ist ein entscheidender Standortfaktor. Dies gilt insbesondere für die energieintensive Industrie, die im internationalen Wettbewerb steht. In der aktuellen Klimadebatte und bei dem in vielen europäischen Mitgliedsstaaten beschlossenen Umbaus der Energieversorgung sind die Themen Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit zunehmend in den Hintergrund gerückt.

Möchte die EU ihr Ziel zur CO₂-Neutralität erreichen, bedarf es der Elektrifizierung industrieller Prozesse. Die NE-Metallindustrie setzt schon heute vorwiegend Strom als Energieträger ein. Dies gelingt langfristig aber nur mit dauerhaft wettbewerbsfähigen Strompreisen. Nur so sind Investitionen in neue, treibhausgasneutrale Prozesse möglich.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sollte sich dafür einsetzen, dass die Implementierung eines wettbewerbsfähigen Industriestrompreises auf der EU-Ebene forciert wird.

EU-Beihilferecht im Sinne von Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit anpassen

Die NE-Metalle sind zum einen für Technologien zur CO₂-Reduktion wie erneuerbare Energien und Elektromobilität unerlässlich und zum anderen aufgrund ihrer Stromintensität einem besonderen Carbon-Leakage-Risiko ausgesetzt. Die Strompreiskompensation und andere Kostenbegrenzungen werden heute als kritische Beihilfen angesehen, weil sie die laufenden Produktionskosten energieintensiver Betriebe betreffen. Für die Elektrifizierungsstrategie sind jedoch international wettbewerbsfähige Strompreise unerlässlich.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sollte sich dafür einsetzen, dass

- die Beihilfeleitlinien zur Strompreiskompensation angepasst werden. Hierzu gehört zunächst, auf eine Kürzung der Liste berechtigter Sektoren zu verzichten, da im Querschnitt die Stromintensität steigen wird und dies nur möglich ist, wenn die Branchen ausreichend Planungssicherheit über international wettbewerbsfähige Strompreise erhalten,
- die Beihilfen für Stromkosten, die im engen Zusammenhang mit dem Green Deal stehen, nicht mehr als normale Betriebsbeihilfen gewertet werden. Vielmehr sollten solche Beihilfen als unverzichtbarer Beitrag zur Transformation in eine CO₂-arme Gesellschaft aufgefasst werden.

Strom ist der Energieträger der Zukunft; nur er kann substanziell den CO₂-Fußabdruck der Grundstoffherzeugung senken. Der Strompreis ist aber regional und unterliegt im internationalen Wettbewerb sehr großen Differenzen. Die NE-Metallelektrolysen sind der Gradmesser für alle andere Grundstoffhersteller, ob es in Europa gelingt, für die Elektrifizierung der Grundstoffindustrie eine Investitionsperspektive aufzubauen. Nur wenn stromintensive Prozesse planbar einen Ausgleich für CO₂-bedingte Strompreiserhöhungen bekommen, werden ausreichende Investitionen erfolgen.

Umwelt- und Chemikalienpolitik sowie Arbeitsschutz

Die Europäische Chemikalienpolitik ist Industriepolitik und wirkt sich direkt auf die Märkte entlang der Wertschöpfungskette in der EU aus. Ein einseitiger Fokus auf das Vorsorgeprinzip bei der Regulierung von Chemikalien kann zu erheblichen Nachteilen für die Europäische Wirtschaft führen und die Erreichung anderer politischer Ziele, wie z.B. Recycling oder den Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Elektromobilität gefährden.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sollte sich dafür einsetzen, dass

- bei der künftigen Ausarbeitung der Regulierungen eine stärkere Kohärenz zwischen Chemikalien-, Klima- und Kreislaufwirtschaftspolitik beachtet wird,
- es in der EU-Chemikaliengesetzgebung eine einheitliche europäische Umsetzung sowie ein einheitlicher Vollzug gibt,
- in der EU-Chemikaliengesetzgebung (REACH) die Methode der frühzeitigen Analyse der Risikooptionen (RMOA) verbindlich eingeführt, sowie ein Leitfaden zur einheitlichen Vorgehensweise in den Mitgliedsstaaten entwickelt wird,
- stoffliche Risiken mit Relevanz nur im professionellen Bereich durch Arbeitsschutzregeln minimiert werden (z.B. Einstufung von Titandioxid, Cobalt),

- die Verfahren der Zulassung und Beschränkung von Stoffen nur bei tatsächlich bestehenden Risiken angewendet werden,
- aus einer gefahrstoffrechtlichen Einstufung keine Automatismen weiterer Restriktionen folgen dürfen (REACH),
- bei jeder Stoffbewertung sozioökonomische Faktoren angemessen berücksichtigt werden.

Verkehrs-, Rohstoff- und Handelspolitik

Die WVMetalle setzt sich für Rahmenbedingungen ein, die Handelsbeschränkungen abbauen und offene und faire Märkte erreichen. EU-Handelsschutzinstrumente sind grundsätzlich zu begrüßen, wenn diese die EU vor Einfuhren schützen, die verzerrt sind und unter nicht-marktwirtschaftlichen Bedingungen produziert wurden.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sollte sich dafür einsetzen, dass

- der Verkehrs-Binnenmarkt vollendet wird und eine einheitliche Verkehrspolitik innerhalb der EU stattfindet. Dies gilt insbesondere für eine Angleichung von Regeln für das Gesamtgewicht von Lastwägen und für den Transport von Gefahrgut,
- branchenspezifische Ursprungsregeln in Freihandelsabkommen harmonisiert werden,
- der Zugang Europas zu Rohstoffen gesichert wird. Dafür sollte die EU prüfen, ob es sinnvoll ist, eine Europäische Rohstoffagentur nach dem Vorbild von Südkorea aufzubauen,
- die EU-Sanktionspolitik aufgewertet wird und zu prüfen, ob dafür ein europäisches Amt nach dem Vorbild des deutschen Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) geschaffen wird,
- die Grundstoffindustrie als strategische Industrie in der Handelspolitik begriffen und dafür ein neues Referat „Rohstoffe“ bei der Generaldirektion Wachstum der EU-Kommission entsteht.

Sorgfalt in der Lieferkette

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sollte sich dafür einsetzen, dass

- die Harmonisierung von Regelwerken für Rohstofflieferketten auf EU-Ebene vorangetrieben wird,
- erfolgreiche, freiwillige Verbände- und Unternehmensinitiativen als Best Practice anerkannt werden.

Die WVMetalle hat in Zusammenarbeit mit Unternehmen der NE-Metallindustrie eine Prozess-Guideline mit dem Namen MARS (Metall Alliance for Responsible Sourcing) erarbeitet, die deutschen und europäischen Firmen hilft, Risikobewertungen ihrer Rohstofflieferanten auf Grundlage der OECD-Leitsätze sowie internationalen Regulierungen zum Umwelt- und Arbeitsschutz sowie Menschenrechte durchzuführen.

Brüssel, den 29. November 2019

Kontakt:

Tobias Schäfer

Leiter Europabüro und Europäische Stoffpolitik

Telefon: +32 2 502 1988

E-Mail: schaefer@wvmetalle.de

Wirtschaftsvereinigung Metalle, Rue Marie de Bourgogne 58, 1000 Brüssel, Belgien